

Antrag

Fraktion der CDU

Hannover, den 09.08.2016

242 000 nicht erteilte Stunden sind viel zu viel: Lehrermangel abstellen, Stundenausfall verhindern, Lehrkräfte motivieren und unterstützen

Der Landtag wolle beschließen:

EntschlieÙung

Der Landtag stellt fest:

- In Niedersachsen herrscht Lehrermangel, und zwar an den allgemein- und an den berufsbildenden Schulen. Unterrichtsausfall an vielen Schulen ist die Folge.
 - a) Die Zahl der Unterrichtsstunden, die nicht stattfanden, war im Schuljahr 2015/2016 an den öffentlichen allgemeinbildenden Schulen so hoch wie seit mehr als zehn Jahren nicht mehr: Rechnerisch konnten wegen des Lehrermangels über das ganze Schuljahr 2015/2016 rund 242 000 Stunden nicht erteilt werden. Daraus ergab sich eine Unterrichtsversorgung von landesweit durchschnittlich lediglich 99,5 %.
 - b) Für das Schuljahr 2016/2017 prognostiziert das Kultusministerium ein weiteres Absinken der Unterrichtsversorgung auf nur noch 98 %. Darin sind jedoch rund 700 derzeit unbesetzte Lehrerstellen eingerechnet, sodass der tatsächliche landesweite Durchschnittswert in der Stichtagserhebung Mitte August 2016 voraussichtlich noch niedriger liegen wird.
 - c) An den öffentlichen berufsbildenden Schulen (BBS) ist die Unterrichtsversorgung seit der Regierungsübernahme von SPD und Grünen auf 88,6 % (Schuljahr 2015/2016) gefallen. Mit Premium Aerotec aus Nordenham hat der erste große Arbeitgeber im Juli 2016 in einem öffentlichen „Hilferuf“ die dramatische Situation an den BBS beklagt.
- Die Schülerzahl wird sich in Niedersachsen anders entwickeln als bislang angenommen: Das Kultusministerium hat seine Schülerzahlprognose für die kommenden Jahre erheblich nach oben korrigiert.
 - a) Für das Schuljahr 2016/2017 ging das Kultusministerium noch Mitte 2015 von 825 000 Schülerinnen und Schülern aus. Diese Zahl wurde im August 2016 zum Schuljahresbeginn auf 836 000 nach oben korrigiert, ergänzt um den Hinweis, dass die tatsächliche Gesamtzahl der Schülerinnen und Schüler „aller Voraussicht nach“ noch einmal um etwa 10 000 bis 20 000 Schülerinnen und Schüler höher liegen werde.
 - b) Für das Schuljahr 2020/2021 rechnet das Ministerium an den allgemeinbildenden Schulen nun mit rund 828 000 Schülerinnen und Schülern - das wären 18 000 Schülerinnen und Schüler mehr als angenommen. Für 2025 wird sogar mit rund 33 000 Schülerinnen und Schülern mehr gerechnet als noch vor einem Jahr prognostiziert (807 000 statt 774 000 Schülerinnen und Schüler). Die vorhergesagte Zunahme für 2020/2021 wird besonders gravierende Auswirkungen haben, da in diesem Schuljahr allein aufgrund der Wiedereinführung des G9 an Gymnasien schlagartig rund 1 300 Lehrerstellen (VZLE) zusätzlich benötigt werden.
- Die Lehrerinnen und Lehrer in Niedersachsen sind mit der Arbeit der rot-grünen Landesregierung unzufrieden.
 - a) Im Schuljahr 2014/2015 machten tausende Gymnasiallehrkräfte durch den Boykott von Klassenfahrten darauf aufmerksam, dass Kultusministerin Heiligenstadt ihre Unterrichtsver-

pflichtung um eine Stunde pro Woche erhöht hatte. Im Juni 2015 stellte das Oberverwaltungsgericht (OVG) Lüneburg fest, dass die Erhöhung rechtswidrig war. Die Erhöhung musste zurückgenommen werden. Die fehlenden Stunden konnten durch kurzfristige Neueinstellungen nicht kompensiert werden - die Unterrichtsversorgung sank weiter.

- b) Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) Niedersachsen hat für eine Studie Lehrkräfte ein Jahr lang ihre Arbeitszeit erfassen lassen. Ausweislich dieser Studie wurden allein an Gymnasien wurden etwa 50 000 Stunden an unbezahlter Mehrarbeit pro Unterrichtswoche bzw. rund 2 Millionen Überstunden pro Jahr ermittelt. Zentrale Schlussfolgerung der GEW laut Pressemitteilung vom 1. August 2016: „Aus und vorbei ist es mit jedem Versuch, die Unterrichtsverpflichtung zu erhöhen. Die Karten für mehr Entlastungen hingegen sind neu gemischt.“
- c) An einer Online-Befragung des Kultusministeriums zu Belastungen im Schulalltag beteiligten sich im Juni 2016 von 90 000 lediglich 10 300 Lehrerinnen und Lehrer, Schulleiterinnen und Schulleiter sowie pädagogische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter - fast 90 % der Befragten verweigerten die Teilnahme. Der Philologenverband Niedersachsen bezeichnete die Befragung als „peinlichen Flop“.
- d) Grundschullehrkräfte starteten 2014 eine „Beschwerdewelle“: Mehr als 300 Grundschulkollegen samt Schulleitungen gaben Überlastungsanzeigen bei den Schulbehörden ab.

Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

1. ein Konzept zur Sicherung der Unterrichtsversorgung für den Zeitraum bis 2025 vorzulegen, das den bedarfsgerechten Ausbau der Studien- und Studienseminarkapazitäten sowie ergänzende Maßnahmen zum Umgang mit der Situation in Mangelfächern im allgemein- und berufsbildenden Bereich berücksichtigt sowie auf die Sondersituation im Schuljahr 2020/2021 (Wiedereinführung G9) eingeht,
2. alle Maßnahmen zur Verbesserung der Unterrichtsversorgung so zu planen, dass sie keine bloße Verschiebung des Lehrermangels auf spätere Schuljahre zur Folge haben,
3. nach dem Vorbild anderer Bundesländer kreative Konzepte zu entwickeln, angehenden Lehrkräften die Vorteile einer Beschäftigung an Niedersachsens Schulen nahe zu bringen,
4. Anreize zu schaffen, um die Tätigkeit an Schulen in ländlichen Regionen Niedersachsens für Lehrkräfte attraktiver als bisher werden zu lassen,
5. umgehend an Grundschulen für Lehrkräfte Entlastungen umzusetzen, insbesondere für Schulleitungen,
6. eine unabhängige Erhebung der Arbeitszeit niedersächsischer Lehrkräfte auf den Weg zu bringen und dabei das Urteil des OVG Lüneburg aus Juni 2016 zu berücksichtigen, um daraus Konsequenzen für mögliche Veränderungen der Arbeitszeit- und Besoldungsstruktur zu ziehen.

Begründung

Die Grundlage guter Bildung in Schulen ist es, dass der vorgesehene Unterricht stattfindet. Dies kann nur funktionieren, wenn in den Schulen eine ausreichende Anzahl von Lehrkräften tätig ist. In Niedersachsen gelingt der von SPD und Bündnis 90/Die Grünen getragenen Landesregierung seit dem Schuljahr 2015/2016 keine auskömmliche Ausstattung der Schulen mit Lehrerstunden mehr. Die Werte für die allgemeinbildenden Schulen sind bei der derzeitigen Regierung von Stephan Weil so niedrig wie seit der Zeit der SPD-Ministerpräsidenten Gerhard Schröder und Sigmar Gabriel nicht mehr. Auch in den berufsbildenden Schulen lag die Unterrichtsversorgung 2015/2016 im dritten Jahr in Folge bei unter 89 % und damit auf einem ebenfalls historisch niedrigen Wert.

Deutlich wird die Dramatik der derzeitigen Situation bei der Analyse der verfügbaren Lehrerstunden, die durch die Zahl der im Schuldienst beschäftigten Lehrkräfte und deren wöchentliche Unterrichtsverpflichtung bestimmt wird (Lehrer-Ist-Stunden). Dem gegenüber steht der Bedarf (Lehrer-

Soll-Stunden), der sich aus dem Pflichtunterricht nach Stundentafel und aus den sogenannten Zusatzbedarfen (Ganztag, inklusive Schule etc.) zusammensetzt.

An den öffentlichen allgemeinbildenden Schulen standen im Schuljahr 2015/2016 der offiziellen Statistik zufolge 1 303 136 Lehrer-Ist-Stunden als Wochenunterrichtsstunden zur Verfügung. Die vom Kultusministerium als Bedarf ermittelte Lehrer-Soll-Stundenzahl lag hingegen deutlich darüber, nämlich bei insgesamt 1 310 260 Wochenunterrichtsstunden. Demzufolge betrug die Differenz zwischen Lehrer-Soll-Stunden und Lehrer-Ist-Stunden 7 124 Wochenunterrichtsstunden an den öffentlichen allgemeinbildenden Schulen. Das entspricht bei Zugrundelegung von durchschnittlich 26 Wochenstunden pro Vollzeitlehreereinheit (VZLE) rund 274 VZLE. Ausgehend von 34 Wochen Unterricht fehlten damit rechnerisch über das gesamte Schuljahr 2015/2016 an den öffentlichen allgemeinbildenden Schulen rund 242 000 Lehrerstunden. Prozentual entsprach der Anteil der Lehrer-Ist-Stunden an den Lehrer-Soll-Stunden im Schuljahr 2015/2016 rechnerisch 99,5 %, im Schuljahr 2016/2017 rechnet das Kultusministerium mit lediglich noch rund 98 %. Da es sich um landesweite Durchschnittswerte handelt und einzelne Schulen deutlich unter diesem Durchschnitt liegen, ist an vielen Schulen mit Unterrichtsausfall zu rechnen, der auch Pflichtunterricht nach Stundentafel betrifft.

Von Elternseite hat sich Anfang 2016 die landesweite Volksinitiative „Bessere Schule“ gegen den Unterrichtsausfall formiert. Auch der SPD-Stadtverband Göttingen hatte beim SPD-Landesparteitag in diesem Jahr gefordert, eine „Unterrichtsversorgung von mindestens 101 % an allen Schulen in Niedersachsen zu gewährleisten“.

Die Lehrerinnen und Lehrer in Niedersachsen haben seit Regierungsübernahme durch Rot-Grün ihrem Unmut auf verschiedenen Wegen Ausdruck verliehen:

- mit einem Klassenfahrtenboykott von Gymnasiallehrkräften zum Protest gegen die unrechtmäßige Erhöhung der Unterrichtsverpflichtung,
- mit einer erfolgreiche Normenkontrollklage des Philologenverbandes gegen die Änderung der Arbeitszeitverordnung, mit der das Kultusministerium die Erhöhung der Unterrichtsverpflichtung festschreiben wollte,
- mit einer Beschwerdewelle von Grundschullehrkräften in Bezug auf ihre Belastung und
- mit einer von der GEW in Auftrag gegebenen Studie zur Messung der Arbeitszeit von Lehrkräften.

Kultusministerin Frauke Heiligenstadt hat bislang eine unabhängige Erhebung der Lehrerarbeitszeit stets abgelehnt, obwohl das OVG-Urteil aus 2015 nahelegt, zur Klärung der tatsächlichen Belastung der Lehrkräfte eine solche Erhebung in Auftrag zu geben.

Björn Thümler
Fraktionsvorsitzender